



# Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

## VIV-INFO | 18/2012

### Tarifabschluss für die Textilindustrie am 07.11.2012

In der dritten bundesweiten Verhandlung einigten sich die Tarifparteien am 07.11.2012 in Bocholt auf folgenden Tarifabschluss:

- Nach 2 Nullmonaten erfolgen für 4 Monate Einmalzahlungen von jeweils 60,00 Euro.
- Ab 01.05.2013 werden die Löhne und Gehälter um 3 Prozent erhöht.
- Ab 01.06.2014 erfolgt eine weitere Erhöhung um 2 Prozent.
- Die Gesamtlaufzeit beträgt 24 Monate.
- In 2013 verhandeln die Tarifparteien über Demografie-Themen.

(So)



Klaus Huneke,  
Vorsitzender AGV Textil



Pressemitteilung

### Konjkturumfrage der VIV

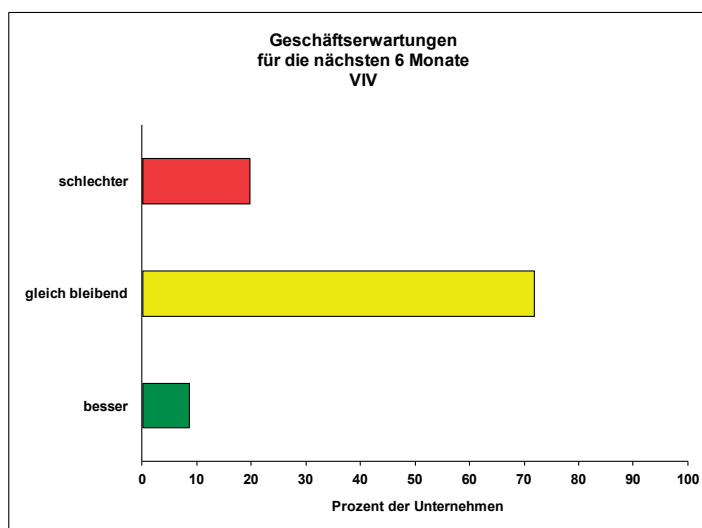
An der Konjkturumfrage haben sich 71 von 135 Unternehmen beteiligt – ein guter Rücklauf.

Das Ergebnis:

Wir haben eine konjunkturelle Delle.

Sichtbares Zeichen dafür ist die deutliche Zunahme von Kurzarbeit sowie der Umstand, dass wir im dritten Quartal bei der

Umsatzentwicklung auf der Stelle getreten haben (plus 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal).



### Kurz notiert

#### unternehmer nrw

Am 13.11.2012 veranstaltete die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen ihren Unternehmertag. Zu Gast: Frau Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, die eine viel beachtete Rede hielt. Die Rede war so gut, dass viele bei Inhalten, die ihrer inneren Überzeugung kaum entsprochen haben dürften, der Ministerin Beifall spendeten.

Der Präsident von unternehmer nrw, Horst-Werner Maier-Hunke, nahm in seiner Rede insbesondere die Politik der Landesregierung aufs Korn: Bekenntnis zum Industriestandort NRW, aber dem widersprechendes Tariftreuegesetz NRW, Klimaschutzgesetz im Alleingang und laue Verkehrspolitik.

(So)



Rede Maier-Hunke

### VIV-Info Wegweiser



Weitere Informationen erhalten Mitglieder im ExtraVIV



Bitte beachten Sie weitere Anhänge



Weitere Informationen auf Anfrage bzw. im ExtraVIV

Die Stimmung der Unternehmen ist eingetrübt. Jedes fünfte Unternehmen sagt, die Lage ist schlecht und nur wenige rechnen mit einer Verbesserung in den nächsten sechs Monaten.

Entsprechend der eingetrübten Stimmung hat die Investitionsneigung abge-

nommen sowie die Einstellungsbereitschaft.

Unterm Strich schlagen sich unsere Unternehmen angesichts der Krise im Euroland weiterhin durchaus achtbar. Mit einem regelrechten Einbruch der Konjunktur rechnen unsere Unternehmen nicht. (So)



[Pressemitteilung L+E](#)  
[Pressemitteilung Konjunkturumfrage](#)

## Literaturhinweis Kölner Kommentar zum Kündigungsrecht

Soeben ist die 4. Auflage des Standardkommentars zum Kündigungsschutzrecht erschienen. Alle Probleme werden aus Arbeitgebersicht übersichtlich und mit vielen Fallbeispielen erläutert.

Darüber hinaus werden alle Rechtsfragen rund um die Kündigung des Arbeitsverhältnisses dargestellt, z. B.

- Befristete Arbeitsverhältnisse
- Sonderkündigungsschutz
- Abmahnung
- Betriebsübergang
- Abfindungen
- Ablauf und Taktik des Kündigungsschutzprozesses
- Aufhebungsvertrag etc.

Die Autoren: Alle Autoren stammen aus dem Arbeitgeberlager und befassen sich



seit vielen Jahren intensiv mit dem Kündigungsschutzrecht. (RA Hans-Harald Sowka, RA Prof. Dr. Bernd Schiefer, RA Dietmar Heise, Prof. Dr. Peter Bengelsdorf, RA Hans-Wilhelm Köster, RA Dr. Ulrich Ramrath.)

Der Preis beläuft sich auf 128 Euro, inkl. MwSt, zzgl. Versandkosten. (So)

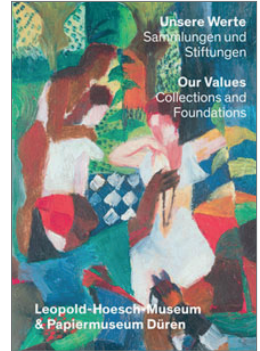


[Bestellbogen](#)

## Kurz notiert

### Neues Buch über Leopold-Hoesch-Museum und Papiermuseum Düren

Vor kurzem ist ein neues Buch des Papiermuseums Düren erschienen. Auf 344 Seiten wird erstmals die gesamte Sammlungsgeschichte von der Archäologie über die Kunst, Malerei, Grafik, Skulptur bis zur Papiergeschichte wissenschaftlich aufgearbeitet sowie die Partner und Förderer wie der Museumsverein Düren und die Stiftungen in einem Band erfasst. Das Buch ist auch hervorragend geeignet als Präsent für Kunden, Geschäftspartner und Mitarbeiter.



Preis: 39,80 Euro; Sonderpreis im Museumsshop: 29,90 Euro. (So)



[Weitere Details](#)

### Insolvenzgeld - Neuregelung der Umlage

Der Bundestag hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober 2012 die Verfestigung des Insolvenzgeldumlagesatzes ab 2013 auf 0,15 Prozent des Arbeitsentgelts beschlossen.

Eine jeweils für ein Kalenderjahr geltende Abweichung bleibt aber durch Rechtsverordnung möglich.

Der Bundestag ist damit der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Entwurf des „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch“ gefolgt. Die Beschlussempfehlung beruht auf dem Änderungsantrag der Regierungskoalitionen zur Neuregelung der Insolvenzgeldumlage. (Ne)



[Beschlussempfehlung](#)

## PSV-Beitragsatz für 2013

Nach Mitteilung des Pensions-Sicherungs-Vereins (PSV) ist der Beitragsatz für das Geschäftsjahr 2012 auf 3,0 Promille der Bemessungsgrundlage festgelegt worden.

Damit liegt der diesjährige Beitragsatz zwar auf höherem Niveau als der Bei-

tragsatz des vergangenen Jahres (1,9 Promille). Er bleibt jedoch noch knapp unter dem gewichteten durchschnittlichen Beitragsatz über alle 38 Geschäftsjahre (3,1 Promille).

Von den PSV-Mitgliedern ist außerdem in diesem und im folgenden Jahr entspre-

chend dem Beitragsbescheid aus 2009 zusätzlich ein Beitrag in Höhe von 1,5 Promille zu entrichten. (AS)

Quelle: Rundschreiben  
unternehmer nrw vom 9.11.2012

**Pressemitteilung PSV  
PSV Insolvenzübersicht**



## NRW-IHKs ehren Landesbeste in Bonn

Die 237 besten Auszubildenden aus den 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen sind bei der Landesbestenehrung 2012 in der Bonner Beethovenhalle ausgezeichnet worden. 21 von ihnen und damit rund neun Prozent aller geehrten Azubis kommen aus dem Bezirk der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen.

Unter den Ausgezeichneten waren auch drei Auszubildende unseres Mitgliedsunternehmens SIG Combibloc GmbH in Linlich: Florian Born und Kai Thielen, beide Verpackungsmittelmechaniker, sowie Anja Trzinski, Druckerin, Fachrichtung: Tiefdruck.

Die IHK-angehörigen Betriebe in Nordrhein-Westfalen sind mit 191.055 Azubis

im Jahr 2011 der mit weitem Abstand größte Ausbilder in Deutschland. Zum 30. September 2012 verzeichneten die IHKs in NRW insgesamt 73.407 neu eingetragene Ausbildungsverträge. (Dü)

Quelle: Pressemitteilung  
IHK Aachen vom 7.11.2012

### IMPRESSUM & KONTAKT

#### Herausgeber

Vereinigte Industrieverbände von Düren,  
Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Verantwortlich für den Inhalt  
Hans-Harald Sowka

#### Kontakt

Vereinigte Industrieverbände e.V.  
Tivolistraße 76  
52349 Düren

FON 02421/4042-0  
FAX 02421/4042-25  
E-MAIL [info@vivdueren.de](mailto:info@vivdueren.de)  
WEB [www.vivdueren.de](http://www.vivdueren.de)

## Pressemitteilung

### **Tarifabschluss für die Textilindustrie am 07.11.2012**

**Düren, 07.11.2012.** In der dritten bundesweiten Verhandlung einigten sich die Tarifparteien am 07.11.2012 in Bocholt auf folgenden Tarifabschluss:

- Nach 2 Nullmonaten erfolgen für 4 Monate Einmalzahlungen von jeweils 60,00 €
- Ab 01.05.2013 werden die Löhne und Gehälter um 3 % erhöht.
- Ab 01.06.2014 erfolgt eine weitere Erhöhung um 2 %.
- Die Gesamtlaufzeit beträgt 24 Monate.
- In 2013 verhandeln die Tarifparteien über Demografie-Themen.

„Dieser Abschluss trägt den Bedürfnissen der Arbeitgeber nach Planungssicherheit Rechnung in Zeiten einer deutlich nachlassenden Konjunktur und steigenden Energiekosten. Er beteiligt die Mitarbeiter andererseits auch angemessen und fair“, erklärt Klaus Huneke, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V. „Ich gehe davon aus, dass im nächsten Jahr die ‚Demografiethemen abgearbeitet‘ werden können“, ergänzt Huneke.

Der Tarifabschluss gilt in der Region für sechs Unternehmen mit insgesamt 1.285 Beschäftigten.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka  
Telefon: 02421/4042-0  
Telefax: 02421/4042-25  
E-Mail: info@vivdueren.de

Rede

**Horst-Werner Maier-Hunke**

Präsident

Landesvereinigung der Unternehmensverbände  
Nordrhein-Westfalen

**Unternehmertag 2012**

13. November 2012  
Düsseldorf

Es gilt das gesprochene Wort!

**Sperrfrist: 17.00 Uhr**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

noch immer bestimmt die Schuldenkrise der südeuropäischen Länder die Schlagzeilen. Gewiss: Die europäische Politik hat im abgelaufenen Jahr Vieles richtig gemacht, um der unübersichtlichen Lage Herr zu werden.

Damit hat sie den Menschen in Europa in dieser labilen Lage Halt und Sicherheit gegeben. Dennoch ist die Herausforderung wahrlich nicht kleiner geworden.

Dass gerade wir Deutschen ein überragendes Interesse daran haben, die Zukunft des Euro zu sichern, ist wohl unstrittig.

Deshalb bekräftige ich meinen Dank an die Bundeskanzlerin und an die Bundesregierung für ihren enormen Einsatz für den europäischen Gedanken und die Rettung des Euro.

Die Leitlinie der Bundesregierung lautet „Hilfe zur Selbsthilfe“. Diese Strategie ist genau richtig. Keine Frage: Europa muss zusammenstehen und Krisenländern helfen. Aber Europa muss dann auch fordern können und diese Staaten zum Sparen und zu Reformen verpflichten.

Viele Länder in Europa müssen den Irrweg erkennen, auf dem sie sich befinden: Er führt unweigerlich in die Sackgasse, wenn über viele Jahre hinweg ein überbordender Sozialstaat auf Pump zugelassen wird. Basis für Wohlstand ist und bleibt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Meine Damen und Herren,

auch Deutschland selbst muss auf seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit achten. Zuerst brauchen wir hierfür Wachstum. Und das fällt im laufenden Jahr mit einem Prozent recht mager aus, und für 2013 rechnen allenfalls Optimisten mit einer gleichbleibenden Wachstumsrate. Anders ausgedrückt:

Diese Dynamik reicht nicht aus, um dauerhaft Wachstumsmotor für eine angeschlagene europäische Wirtschaft zu sein.

Und weil dies so ist, müssen wir hier in Deutschland alles unterlassen, was die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft einschränkt. Und für Nordrhein-Westfalen als Kernland der Industrie gilt das im Besonderen.

Meine Damen und Herren,

die Bürger in Nordrhein-Westfalen haben im Mai dieses Jahres einen neuen Landtag gewählt und ein eindeutiges Ergebnis herbeigeführt. SPD und Grüne haben eine deutliche eigene Mehrheit, mit der sie nun kraftvoll die großen Herausforderungen für unser Land anpacken müssen.

Die Landesregierung wird sich daran messen lassen müssen, was sie tut, um den Wirtschaftsstandort NRW zu stärken. Auf den ersten Blick setzt der Koalitionsvertrag durchaus richtige Impulse:

- Uns freut, dass sich die Landesregierung in bislang nicht gekannter Deutlichkeit zum Industriestandort NRW bekennt und die Bedeutung von Mittelstand und Handwerk für die nordrhein-westfälische Wirtschaft würdigt.
- Ebenso begrüßen wir die eindeutige Aussage, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen von zentraler Bedeutung für Nordrhein-Westfalen ist.

Allerdings müssen diese Worte auch mit wirtschaftspolitischen Taten untermauert werden. Leider hält der Koalitionsvertrag nicht, was er zunächst verspricht. Konkrete Maßnahmen sucht man vergeblich.

Zu begrüßen ist zwar der Entwurf des neuen Mittelstandsgesetzes, der die frühe Einbindung von Kammern und Verbänden bei mittelstandsrelevanten Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren verspricht. Die tatsächliche Wirkung muss sich in der Praxis erst noch beweisen.

Wer im Koalitionsvertrag blättert, dem fällt vor allem der Schwerpunkt bei sozialen und ökologischen Forderungen auf.

Für unsere Unternehmen bedeuten diese nur allzu oft: Zusätzliche Regulierung, weniger Flexibilität und höhere finanzielle Belastungen. Und dies ist das genaue Gegenteil dessen, was wir für die Stärkung von Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit für unsere Unternehmen in NRW brauchen.

- Das Tariftreuegesetz NRW hat vor allem drei Auswirkungen: Bürokratie, Bürokratie und nochmals Bürokratie! Nachweis- und Kontrollpflichten, Verpflichtungserklärungen, Abgrenzungsprobleme, unklare Gesetzesdefinitionen – all' dies belastet die Unternehmen und verteuert öffentliche Aufträge.
- In der Energiepolitik vermissen wir ein klares Bekenntnis zum Kraftwerksbau. Mit der lapidaren Bemerkung, „die Landesregierung baut keine neuen Kraftwerke und reißt auch keine begonnenen Projekte ab“, zeigt sich die

Landesregierung wahrlich nicht als strategischer Partner für eine verlässliche Energieversorgung im Kernland der Industrie.

- Das geplante Klimaschutzgesetz ist ein Alleingang, der den Industriestandort NRW im deutschland- und europaweiten Wettbewerb außerordentlich schwer beschädigt. Als würde Umweltpolitik vor Landesgrenzen Halt machen! Meine Damen und Herren, hier erweist Rot-Grün dem Industriestandort Nordrhein-Westfalen einen Bärendienst.
- Nordrhein-Westfalen ist Stauland Nummer 1 in der Republik. Die Antwort der Landesregierung in der Verkehrspolitik lautet, sich auf den Straßenerhalt zu konzentrieren und dem Straßenausbau weitgehend eine Absage zu erteilen. Vor diesem Hintergrund wirkt das „Ja“ der Landesregierung zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen nur als Lippenbekenntnis.

Lärmschutzpläne, die Industriegebiete von der Verkehrsanbindung abnabeln, sind auf jeden Fall kontraproduktiv.

Meine Damen und Herren,

all' dies macht uns Sorgen – vor allem deshalb, weil uns diese Politik nicht überzeugt, um Nordrhein-Westfalen auch im Ländervergleich weiter nach vorn zu bringen. Das aber ist dringend nötig.

Denn in der Wirtschaftskrise hat NRW überproportional an Wirtschaftskraft verloren, im Aufholprozess der letzten Jahre nur unterdurchschnittlich zugelegt. Nordrhein-Westfalen droht weiter zurückzufallen. Und dennoch erleben wir, dass arbeitsmarktpolitische Weichen falsch gestellt und viele Chancen liegen gelassen werden.

- In NRW fehlen 27.000 KITA-Plätze. Wer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern will, der muss diesen Missstand beseitigen, anstatt sich mit der schrittweisen Ausweitung der sozialpolitisch unsinnigen Elternbeitragsfreiheit zu beschäftigen.
- In NRW haben wir eigentlich eine gute Situation bei der Ausbildung – die Jugendarbeitslosenquote beträgt gerade einmal etwas mehr als vier Prozent:

Dennoch strebt die Landesregierung eine staatliche „Ausbildungsgarantie“ an. Hier ignoriert sie, dass der Staat weder betriebliche Ausbildungsplätze schaffen noch deren Bereitstellung anordnen kann.



Wer indes Auszubildende mit Freistellungsanspruch in das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz aufnehmen will, der führt die weltweit anerkannte duale Ausbildung hierzulande ‚ad absurdum‘. Fundierte Kenntnisse der betrieblichen Praxis sehen anders aus!

- Wie ein arbeitsmarktpolitischer Offenbarungseid wirkt der Plan in NRW, „dauerhafte Beschäftigung in einem öffentlich geschaffenen Sektor“ zu ermöglichen. Um es klar zu sagen:

Wer einerseits befristete Beschäftigung und Zeitarbeit im ersten Arbeitsmarkt als prekär verteufelt, gleichzeitig aber eine subventionierte, künstliche Beschäftigung in einem zweiten Arbeitsmarkt installieren will, ignoriert bewusst die arbeitsmarktpolitischen Erfolge der Agenda 2010. Das ist rückwärtsgewandt.

All’ diese Punkte belegen: Die Landesregierung verteilt an vielen Stellen lieber zweifelhafte sozialpolitische Wohltaten als zukunftsfähige Politik für unser Land zu entwickeln.

Vorbeugende Landespolitik, wie sie sich die Ministerpräsidentin auf die Fahnen geschrieben hat, sieht wahrlich anders aus!

Meine Damen und Herren,

ich weiß nicht, wie es Ihnen geht: Die meisten Sorgen bereitet mir die Entwicklung der **Landesfinanzen**.

Die Situation bleibt dramatisch: Obwohl die Steuereinnahmen des Landes in diesem Jahr rekordverdächtige Höhen erklimmen, sollen die Ausgaben des Landes noch einmal um 3,5 Milliarden Euro steigen.

Der Haushaltsentwurf 2012 weist ein Defizit von 4,6 Milliarden Euro aus.

Wann eigentlich will diese Landesregierung damit beginnen zu sparen, wenn nicht jetzt?

Die alte Regel, wonach der Staat investiert, wenn der Konjunkturmotor stottert und spart, wenn die Wirtschaft brummt, hat ihre Logik. Fast überall in den Industriestaaten folgt man seit Jahrzehnten gern dem ersten Teil dieser Philosophie. Auf den zweiten Teil verzichtet man lieber. Wohin dieser Weg führt, erleben wir gerade in Griechenland.

Deshalb appelliere ich an die Landesregierung, den einfachen Grundsatz zu beherzigen:

Ohne solide Finanzen keine erfolgreiche Wirtschaft.

Ohne erfolgreiche Wirtschaft keine gesunden Staatshaushalte.

Ohne gesunde Staatshaushalte keine Nachhaltigkeit in den sozialen Sicherungssystemen.

Und damit, meine Damen und Herren, bin ich bei der **Sozialpolitik**.

Die Politik in Deutschland hat in der jüngeren Vergangenheit zwei entscheidende Reformen auf den Weg gebracht, die den Trend des „Immer-mehr-Geld-Ausgebens“ durchbrochen haben. Ich spreche von der **Hartz-IV-Reform** und der Einführung der **Rente mit 67**.

Die eine Reform hat bereits auf dem Arbeitsmarkt Früchte getragen, sie hat Arbeitsplätze in Deutschland nachweislich wettbewerbsfähiger gemacht:

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist so hoch wie nie zuvor.
- Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren.
- Die Beschäftigtenquote der 60-64 jährigen hat sich seit 2000 auf derzeit 1,3 Millionen Menschen mehr als verdoppelt.
- Die Möglichkeit befristeter Arbeitsverhältnisse hat sich als Einstiegs-Option in den Arbeitsmarkt bewährt, liegt aber stabil unter 10 Prozent.

Die andere Reform wird ihre segensreiche Wirkung erst noch entfalten. Ungeachtet der gegenwärtig bei Sozialdemokraten und Gewerkschaften wieder aufflammenden Debatte:

Es kann doch im Ernst niemand die politische Dummheit begehen, die schrittweise Einführung der Rente mit 67 zurückzunehmen. Das wäre ein herber Schlag für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Oder um es mit den Worten von Franz Müntefering auszudrücken, als er jüngst auf die populistischen Rentenpläne des SPD-Vorsitzenden Gabriel angesprochen wurde:

„Das kann überhaupt nicht funktionieren. Da muss man nicht Mathematik studiert haben, da reicht Grundschule Sauerland.“

Meine Damen und Herren,

bei allem Wandel in der politischen Debatte sind wir froh über die Kontinuität der Bundesregierung in dieser Frage. Und deshalb freuen wir uns über ihre Standhaftigkeit bei der Rente mit 67.

Ausdrücklich begrüße ich auch die Senkung des Rentenbeitrags ab 2013. Angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahre setzt die Bundesregierung so einen wichtigen Impuls, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Kaufkraft der Verbraucher zu stärken.

Auch das Thema **Zuschussrente** ist seit Wochen in den Schlagzeilen. Ungeachtet aller Diskussionen – eines bleibt richtig: Leistung muss sich lohnen – auch am Ende des Berufslebens. Und deshalb muss derjenige, der über weite Strecken seines Lebens gearbeitet hat, am Ende mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der die Beine hochgelegt hat. Diese Wahrheit anzuerkennen ist gesellschaftspolitisch notwendig.

Und deshalb können wir mit der Grundrichtung der von den Koalitionsspitzen vereinbarten **Lebensleistungsrente** leben. Sie muss aber so gestrickt sein, dass sie Fehlanreize vermeidet und darf nicht so hoch sein, dass sie den Steuerzahler überfordert.

Auf jeden Fall ist es ordnungspolitisch richtig, hiermit nicht die Sozialversicherung und damit die Arbeitskosten zu belasten.

Finanzpolitisch falsch ist allerdings die Abschaffung der Praxisgebühr und die Einführung eines Betreuungsgeldes. Und beides setzt auch falsche Anreize:

Sinnvoller wären eine Senkung der Krankenkassen-Beiträge und ein noch entschlossenerer Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

Meine Damen und Herren,

in der **Tarifpolitik** haben die Sozialpartner in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben gemacht. Wenn möglich, wurden Einkommensverbesserungen vereinbart, die den Beschäftigten auch real mehr Geld in ihrer Tasche verschafft haben.

Auf der anderen Seite haben wir Tarifpartner – gerade hier in Nordrhein-Westfalen – in der schwersten Krise der Nachkriegszeit bewiesen, dass vertrauensvolle Tarifpartnerschaft im großen Ausmaß Beschäftigung sichern kann.

Kern dieser Vereinbarungen war die Reduzierung der sogenannten Remanenzkosten bei Kurzarbeit. Damit konnten Betriebe, die aus konjunkturellen und nicht aus strukturellen Gründen in die Schieflage geraten waren, Mitarbeiter in Kurzarbeit halten und Entlassungen vermeiden.

Dies gelang in großem Stil – und zwar auch deshalb, weil die Bundesregierung die Bezugsdauer für **Kurzarbeitergeld** auf 24 Monate verlängert hatte. Das hat uns in den Unternehmen sehr viel Sicherheit gegeben.

Wir sind derzeit wieder in einer Situation, in der die Ungewissheit über die weitere Entwicklung spürbarer wird. Ohne einer Krise das Wort zu reden:

Die Meldungen aus Unternehmen, die über Kurzarbeit nachdenken, häufen sich. Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen für Kurzarbeit geändert.

Denn der Gesetzgeber hat die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld für die Unternehmen wieder auf sechs Monate runtergefahren. Dies gilt bereits ab dem Zeitpunkt, wenn der erste Arbeitnehmer in Kurzarbeit geht.

Und deshalb, meine Damen und Herren, wäre es gut für Deutschland, wenn das arbeitsmarktpolitische Instrument, das uns in der Krise am meisten geholfen hat, wieder so bereitgelegt wird, dass es jederzeit einsatzbereit ist.

Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld für die Unternehmen jetzt auf mindestens 24 Monate zu verlängern, zumal bei den ersten Unternehmen die sechs Monate in Kürze ablaufen.

Ich füge hinzu: Es sollte außerdem auch ein Gesetz geben, das es der Regierung erlaubt, per Rechtsverordnung ohne jede Verzögerung den übrigen Kanon der Maßnahmen aus den Jahren 2008 und 2009 wieder in Kraft zu setzen.

Meine Damen und Herren,

es ist immer gut, auf den Ernstfall vorbereitet zu sein. Probleme zu verdrängen, indem man sie ignoriert, ist nie eine Lösung. Dies gilt auch oder gerade in Bezug auf die **Tarifeinheit**.

Das Bundesarbeitsgericht hat vor wenigen Jahren die verhängnisvolle Entscheidung getroffen, den 60 Jahre geltenden Grundsatz der Tarifeinheit im Betrieb – das heißt „ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag“ – aufzugeben. Seitdem gründen sich weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit überall Sparten-gewerkschaften.

Zuletzt haben wir dies erlebt bei der Lufthansa, wo gestern die Piloten, heute die Vorfeldlotsen und morgen das Kabinenpersonal mit Arbeitskampf drohten.

Meine Damen und Herren,

die Friedenspflicht für den gesamten Betrieb nach einem Tarifabschluss war und ist eines der tragenden Fundamente der sozialen Marktwirtschaft.

Darüber gibt es übrigens Konsens zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Wer dieses Fundament untergräbt, handelt bewusst fahrlässig.

In diesem Saal sitzen genügend Unternehmer, die davon berichten können, was es heißt, wenn in einem Betrieb mehrere konkurrierende Gewerkschaften um die Vorherrschaft streiten.

Verhältnisse wie in Spanien, Italien, England oder auch in Frankreich machen jedenfalls gemeinsames und wirksames Krisenmanagement mit Gewerkschaften unmöglich.

Wir können nicht verstehen, warum in Deutschland die Tarifeinheit als erfolgreiche Säule unserer sozialen Marktwirtschaft so leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird.

Noch ist das Zeitfenster offen, um auf diesen erfolgreichen Pfad der sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren.

Doch nicht mehr lang, denn schon bald werden Sparten-Egoisten Fakten geschaffen haben, die sich so leicht nicht mehr beseitigen lassen.

Die Kanzlerin weiß dies und hat jüngst auf dem Arbeitgebertag in Berlin angekündigt, alsbald eine Lösung im Konsens von Politik, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu suchen.

Meine Damen und Herren,

dass die Tarifautonomie in diesem Land funktioniert und im wahrsten Sinne des Wortes staatstragend ist, haben die Tarifparteien beim Thema **Zeitarbeit** bewiesen.

Wenngleich die getroffenen Regelungen nicht jedem gefallen mögen, verdienen sie dennoch unsere Anerkennung. Das System der Branchenzuschläge ist gleichermaßen einfach wie gerecht:

- Zeitarbeiter, die nur kurz in einem Betrieb arbeiten, erhalten keine oder allenfalls geringe Zuschläge. Anders lässt sich die große Diskrepanz im betriebsspezifischen Know-how gegenüber den Stammarbeitskräften dieses Betriebes gar nicht begründen.
- Zeitarbeiter, die länger in einem Betrieb arbeiten, können mit zunehmender Verweildauer ein Entgelt erreichen, das spätestens nach neun Monaten dem vergleichbaren Tariflohn eines Stammarbeitnehmers sehr nahe kommt.

Das, meine Damen und Herren, nenne ich „equal-pay“ mit pragmatischem Augenmaß. Die getroffenen Regelungen tragen die Unterschriften der großen Gewerkschaften IG Metall und IG BCE.

Damit ist ein wichtiger Beitrag zur Befriedung des Themas geleistet worden. Umso mehr fehlt mir jedes Verständnis dafür, dass immer noch Stimmen aus Politik und Gewerkschaften nach einer gesetzlichen Regelung rufen.

Das fühlt sich an wie ein Fußballspiel, das längst abgepfiffen und bei dem die eine Mannschaft bereits in der Umkleidekabine ist, die andere aber immer noch munter aufs Tor schießt.

Ich sage aber ebenso deutlich: Herzlich wenig Verständnis habe ich für Unternehmen, die den vermeintlichen Schwierigkeiten bei der Zeitarbeit mit gewagten Konstruktionen von Werkverträgen begegnen wollen.

Um nicht missverstanden zu werden: Werkverträge sind wichtiger Bestandteil einer arbeitsteiligen Wirtschaft, ohne die unser Geschäft nicht funktionieren würde. Daran darf nicht gerüttelt werden.

Wer aber – ich sage bewusst so – „Scheinwerkverträge“ dort schließt, wo früher Zeitarbeit oder befristete Beschäftigung eingesetzt wurden, gefährdet nicht nur den Ruf unserer Unternehmen, sondern höhlt auch das System der Tarifautonomie aus. Das dürfen wir nicht zulassen.

Ich verlange mehr Respekt für die Tarifautonomie – und wende mich an einige wenige Unternehmer, an manche Gewerkschafter und viele Politiker!

Ein letzter Gedanke: Wie wichtig dieser Appell ist, zeigt die Debatte um den **Mindestlohn**. Ein staatlicher oder wie auch immer gefundener allgemeiner Mindestlohn ist mit der Tarifautonomie grundsätzlich nicht vereinbar. Denn die Tarifverträge regeln bereits die Mindestarbeitsbedingungen.

Dennoch können wir uns eine Ausnahme vom Prinzip vorstellen: Nämlich dann, wenn in Branchen oder Regionen keine tariflichen Regelungen vorhanden sind und Missstände bei den Arbeitsbedingungen bestehen oder zumindest drohen.

Überall dort können wir uns streng subsidiär ein Verfahren vorstellen, wie durch eine Kommission der Sozialpartner Lohnuntergrenzen festgelegt werden. Ein solches Verfahren entspricht unserem Bild von der sozialen Marktwirtschaft und beschädigt nicht die Tarifautonomie.

Diese Aussage mag einige überraschen. Aber wir in Nordrhein-Westfalen waren immer schon pragmatisch und sind unserer sozialen Verantwortung immer gerecht geworden.

Meine Damen und Herren,

klare Positionen, eine starke Stimme der Wirtschaft, deutlich vernehmbar, gut vernetzt und bereit für die Zukunft – das macht unternehmer nrw aus.

Wir werden nicht müde werden daran zu erinnern, was uns in Deutschland und hier in Nordrhein-Westfalen immer stark gemacht hat: Die Grundlage für die Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung ist die wirtschaftliche Leistungskraft und internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

Hierfür die Rahmenbedingungen mitzugestalten und wo nötig, auf Korrekturen zu drängen, wird Kerngeschäft unserer Arbeit bleiben. Ich freue mich, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Vielen Dank!



**Vereinigte Industrieverbände**  
von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

---

## Pressemitteilung

### **Vereinigte Industrieverbände: Schwächeres Wachstum bei den Unternehmen der Region**

**Düren, 08.11.2012.** „Die Unternehmen der Region treten beim Wachstum auf der Stelle. Die Umsatzentwicklung im dritten Quartal 2012 lag mit 916 Millionen Euro nur um 0,4 Prozent über den Umsätzen des zweiten Quartals“, erklärt Dr. Stephan Kufferath, Vorsitzender der Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V. „Angesichts des Umfeldes der Schuldenkrise und der weltweiten Abschwächung der Konjunktur ist diese Entwicklung gleichwohl als positiv zu bewerten“, so Dr. Kufferath.

Die Umsätze in den ersten neun Monaten des Jahres 2012 gingen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres leicht um 1,3 Prozent zurück. Die Entwicklung ist je nach Branche und Unternehmen sehr uneinheitlich: Die Metallindustrie verzeichnet gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres ein Plus von 2,7 Prozent. Die Papier verarbeitende Industrie weist ein Plus von 2,3 Prozent aus (ohne das größte Mitgliedsunternehmen allerdings wäre es ein Minus von 2,8 Prozent). Die Papier erzeugende Industrie weist ein Minus von 0,7 Prozent aus. In der Chemischen und Gemischten Industrie ergibt sich ein Umsatzminus von 6,5 Prozent (bereinigt um Sonderfaktoren bei zwei Mitgliedsunternehmen ergibt sich ein Minus von „lediglich“ 2,9 Prozent) und in der Textilindustrie gingen die Umsätze um minus 7,9 Prozent zurück.

Die Zahl der Beschäftigten sank in den ersten neun Monaten 2012 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres leicht um 1,2 Prozent auf 16.242.

Die Vereinigten Industrieverbände haben 135 Mitgliedsunternehmen in der Region.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka  
Telefon: 02421/4042-0  
Telefax: 02421/4042-25  
E-Mail: info@vivdueren.de





**Vereinigte Industrieverbände**  
von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

---

## Pressemitteilung

### **Konjunkturmfrage der Vereinigten Industrieverbände: Eingetrübte Stimmung**

**Düren, 14.11.2012.** „Unsere 135 Mitgliedsunternehmen bewerten ihre Lage schlechter als im Frühjahr. Die Stimmung ist eingetrübt. Die Aussichten werden negativer als im Frühjahr eingeschätzt. Damit sinkt auch die Investitionsneigung“, erklärt der Vorsitzende der Vereinigten Industrieverbände, Dr. Stephan Kufferath.

Die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturmfrage im Einzelnen:

Die **derzeitige Geschäftslage** wird von den Unternehmen deutlich schlechter eingeschätzt als im Frühjahr. Die Lage ist schlecht, sagt heute jedes fünfte Unternehmen (21,1 Prozent). Im Frühjahr waren es nur ganz wenige (2,7 Prozent).

Dass sich die Lage in den nächsten sechs Monaten verschlechtern wird, glauben 19,7 Prozent der Unternehmen und damit doppelt so viele wie im Frühjahr. Dass sich die Lage bessern wird, glauben nur wenige (8,5 Prozent).

Die **aktuelle Ertragslage** wird von fast jedem dritten Unternehmen als schlecht eingeschätzt. Auch dies ist eine deutliche Verschlechterung gegenüber der Herbstumfrage. Von einer guten Ertragslage spricht nur jedes vierte Unternehmen.

Mit einer Verbesserung der Gewinne in 2013 rechnen nur wenige Unternehmen (14,3 Prozent gegenüber 29,2 Prozent im Frühjahr). Die meisten rechnen mit einer gleichbleibenden Entwicklung (62,9 Prozent)

Die **aktuelle Auftragslage** wird weiterhin überwiegend positiv eingeschätzt. Sie ist schlecht, sagen nur 14,1 Prozent der Unternehmen. Für die Zukunft (die nächsten sechs Monate) erwarten allerdings 24,3 Prozent der Unternehmen eine Verschlechterung (im Frühjahr: 14 Prozent).

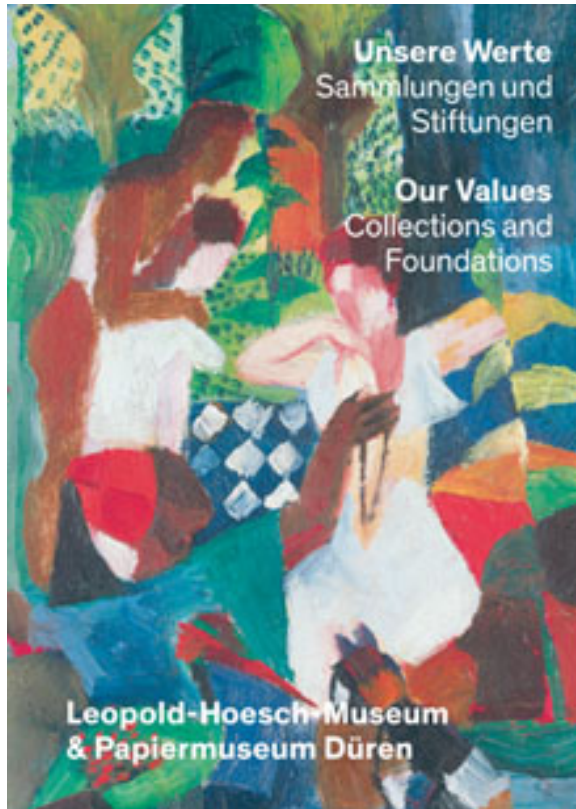
Entsprechend der eingetrübten Stimmung planen acht der an der Umfrage beteiligten 71 Unternehmen (11,8 Prozent) **Kurzarbeit** in den nächsten Monaten. Jedes zehnte Unternehmen rechnet mit **Entlassungen** (im Frühjahr: 6,9 Prozent). **Neueinstellungen** plant jedes fünfte Unternehmen (im Frühjahr: 29,2 Prozent).

Die **Investitionsneigung** hat abgenommen. Die Investitionen werden gegenüber dem Vorjahr steigen, sagen 24,3 Prozent der Unternehmen (im Frühjahr: 32,4 Prozent). Die Investitionen werden abnehmen, sagen jetzt 28,6 Prozent (im Frühjahr: 19,7 Prozent).

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka  
Telefon: 02421/4042-0  
Telefax: 02421/4042-25  
E-Mail: [info@vivdueren.de](mailto:info@vivdueren.de)

## **Beeindruckende Sammlungen des Leopold-Hoesch-Museums**

Nach seiner Wiedereröffnung und der Einweihung des Peill-Forums 2010 wurde das Leopold-Hoesch-Museum einer strukturellen wie inhaltlichen Revision unterzogen. Seine Entwicklung vom Universalmuseum zur Plattform zeitgenössischer Kunst lässt sich anhand seiner vielfältigen Sammlungen und Stiftungen nachzeichnen. Dieser Band umfasst bedeutende Sammlungen der Klassischen Moderne, faszinierende Werke der Nachkriegsmoderne, sowie der zeitgenössischen und konkret-konstruktiven Kunst.



### **Unsere Werte Sammlungen und Stiftungen Leopold-Hoesch-Museum & Papiermuseum Düren**

Hg. Renate Goldmann

344 Seiten  
mit 429 farbigen und 38 s/w Abb.  
deutsch/englisch  
21,5 x 27 cm  
Gebunden mit Schutzumschlag  
Preis im Museumsshop: EUR 29,90

Preis im Buchhandel: EUR 39,80 (SFr  
50,50)  
ISBN 978-3-86832-128-9

Erstmals ist die gesamte Sammlungsgeschichte von der Archäologie über die Kunst, Malerei, Grafik, Skulptur bis zur Papiergeschichte wissenschaftlich aufgearbeitet worden, die Partner und Förderer wie der Museumsverein Düren und die Stiftungen in einem Band erfasst. Darüber hinaus stellt das Buch die engen Bezüge dar, die seit der Einrichtung des Leopold-Hoesch-Museums und des Papiermuseums zwischen den Häusern und der Dürener Industrie bestehen.

Das Buch, ausgestattet mit handgeschöpften Büttenpapier im Vorsatz und einem geprägten Einband, eignet sich hervorragend als Präsent für Kunden, Geschäftspartner und Mitarbeiter.

Auf den Vorzugspreis in Höhe von 29,90 € gegenüber einem Buchhandelspreis in Höhe von 39,80 € räumen wir Ihnen bei größeren Bestellmengen gerne weiteren Rabatt ein.

Bestellungen richten Sie bitte an den Museumsshop, Ansprechpartnerin: Frau Simone Breuer (Tel. 02421 252590, Fax: 02421 252560, [s.breuer@dueren.de](mailto:s.breuer@dueren.de)).

## Firmenbestellbogen an den Verband bei Sammelbestellung

Vereinigte Industrieverbände  
von Düren, Jülich, Euskirchen  
und Umgebung e.V.  
Postfach 10 21 51  
52321 Düren

**Telefax: 02421/4042-25**

Firma
_____
_____
_____

### Bestellschein - Sammelbestellung

Ja, ich bestelle .....Exemplar(e) des neuen Buches:  
**Kündigungsschutzrecht – Kölner Praxiskommentar zum  
Kündigungsschutzgesetz und zu sonstigen kündigungs-  
rechtlichen Vorschriften**

zum Preis von 128,00 Euro.\*

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

\* Der Preis versteht sich inkl. Mehrwertsteuer, zuzüglich Versandkosten.